der Freitag | Nr. 16 | 19. April 2018

Ein bisschen Frieden Was beim Korea-Gipfel mit Kim Jong-un auf der Agenda steht

Eine Seele, zwei Systeme

Korea Die Wiedervereinigung ist für den anstehenden Gipfel keine realistische Option

■ Werner Pfennig

Wenn alles gut geht, wird es am 27. April im Grenzort Panmunjom das dritte koreanische Gipfeltreffen seit dem Ende des Korea-Krieges 1953 geben. Was den Verlauf betrifft, so ist fast alles möglich, im positiven wie im negativen Sinne, doch besteht die zarte Hoffnung, dass es zu tragbaren Ergebnissen kommt. Sie sind überfällig! Das Treffen wird intensiv vorbereitet, inklusive technischer Vorkehrungen wie einer direkten Telefonverbindung zwischen den Präsidenten Kim Jong-un und Moon Jae-in.

Korea und Deutschland wurden vor 73 Jahren geteilt, Korea ist es noch immer. Teilung war in der deutschen Geschichte fast der Normalfall, für Korea die Ausnahme. Deutschland bestand für lange Zeit als Kultur-, nicht als Staatsnation. In Korea hingegen existierte über tausend Jahre hinweg ein geeinter Nationalstaat, ethnisch homogen und mit fast unveränderten Grenzen. Die Teilung Deutschlands wurde während des Zweiten Weltkrieges auf mehreren internationalen Konferenzen ausgehandelt, um den Schuldigen eines Angriffskrieges zu bestrafen und mehr Stabilität in Europa zu erreichen. Die Teilung Koreas erfolgte im Hauruckverfahren mit der Konsequenz, dass es seither keine Stabilität in Nordostasien mehr gibt.

Zur Erinnerung: Im August 1945 kamen der Abwurf der beiden US-Atombomben über Japan, dessen Kapitulationsbereitschaft und der schnelle Einmarsch sowjetischer Truppen in den Norden Koreas völlig überraschend. Deshalb wurden in Washington zwei Politiker, einer war Dean Rusk, später der Außenminister John F. Kennedys, beauftragt, innerhalb von 30 Minuten in der Nacht vom 10. auf den 11. August 1945 die Trennlinie zwischen den beiden Besatzungszonen im Norden und Süden zu definieren. Für Korea wurde damit die Befreiung von japanischer Besatzung zur Demütigung und Tragödie. Eine Wiedervereinigung gilt deshalb als ein fast heiliges Ziel der Nation.

Deutschland als Warnung

Die Koreaner sind überzeugt, das Ausland habe ihr Land geteilt und sei schuld am Fortbestand der Zweistaatlichkeit. Der Grund für fast alle Probleme sei die Teilung; deshalb der schlichte Umkehrschluss: Erst wenn man wieder zusammenkommt, lösen sich die Probleme. In beiden Staaten – der Demokratischen Volksrepublik im Norden wie der Republik Korea im Süden – ist das Gebot einer Wiedervereinigung in der Verfassung verankert. Nur zeichnet sich bisher mitnichten ab, wie sich dafür ein friedlicher Weg finden lässt. Pjöngjang sollte wissen, dass der Süden nicht dessen System herbeisehnt, und Seoul hat mehrfach versichert, keine Wiedervereinigung durch Absorption anzustreben. Will heißen: Korea ist derzeit weder politisch noch finanziell, schon gar nicht mental, auf eine Fusion vorbereitet. Es gab zuweilen Vorschläge, mit denen eine Konföderation favorisiert wurde, doch blieb es bei Visionen. Beiden Seiten ist klar, dass es sich letztlich um eine Systemkonkurrenz handelt, bei der keiner verlieren möchte.

Nicht Wiedervereinigung, sondern Normalisierung und Kooperation werden deshalb die Themen des anstehenden Gipfeltreffens sein. Wird nun doch ein Friedensvertrag erwogen, könnten auch Texte aus der Vergangenheit Beachtung finden. Am 13. Dezember 1991 unterzeichneten die Ministerpräsidenten Nord- und Südkoreas das „Abkommen über Versöhnung, Nichtaggression, Austausch und Zusammenarbeit". Das Dokument hätte eine dem deutsch-deutschen Grundlagenvertrag von 1972 ähnliche Funktion beanspruchen können, wurde aber nie ratifiziert. Eine Wiedervorlage dieses Textes für die Begegnung der beiden Präsidenten in Panmunjom hätte den Vorteil, dass er unter Federführung des einstigen nordkoreanischen Führers Kim Il-sung entstand, also für Pjöngjang sakrosankt ist.

Immerhin wurde das jetzige Treffen in aller Öffenheit vorbereitet, um womöglich auszugleichen, was dem innerkoreanischen Verhältnis bisher fehlt: Vertragstreue und gegenseitiger Nutzen. Misstrauen ist dagegen im Übermaß vorhanden. Es wäre daher sinnvoll, die gemeinsame Sonderwirtschaftszone, den Kaesong Industrial Complex, zu reanimieren.

Das Areal liegt im Norden nahe der ehemaligen Königstadt Kaesong, zehn Kilometer von der Grenze entfernt; einst waren dort 124 Firmen aus Südkorea präsent und etwa 55.000 Arbeitskräfte aus dem Norden beschäftigt. Wegen der Nuklearrüstung Pjöngjangs ließ die Regierung des Südens im Februar 2016 den Betrieb einstellen. Da sich beide Seiten nicht als Ausland betrachten, handelt es sich bei Kaesong um ein innerkoreanisches Joint Venture, es fällt daher nicht unter das Sanktionsregime der Vereinten Nationen. Eine erneute Inbetriebnahme wäre nicht nur ökonomisch von Vorteil, sondern gleichfalls als vertrauensbildende Maßnahme wichtig. Kim Jong-un will den Norden reformieren, aber dadurch sein Regime nicht abschaffen, sondern erhalten. Nur fördert Druck von außen die Loyalität gegenüber dem Regime im Inneren.

Das heißt, wer einen Wandel im Norden will, muss ihn ermöglichen, was kaum mit verschärften Sanktionen denkbar scheint. Traditionell war der Süden agrarisch bestimmt, und im Norden dominierte Industrie. So kam vor dem Bürgerkrieg der Strom für den Süden hauptsächlich aus dem Norden. Bis heute ist die Volksrepublik durch ihren Ressourcenreichtum noch immer eine große Schatzkammer; Kohle, Erze, Blei, Molybdän, Wolfram, Wasserkraft – alles ist vorhanden. Es mangelt an Energie, Kapital, realistischer Planung und leistungsfähiger Infrastruktur. Eine Entspannung auf der Halbinsel würde enorme Synergieeffekte haben. Es fehlen nur wenige Kilometer, um unterbrochene Bahntrassen wiederherzustellen. Außerdem haben alle großen Konzerne im Süden die nötigen Pläne für ein Engagement im Norden in der Schublade – es fehlt der politische Wille, etwas damit anzufangen. Sollte der Süden das bilaterale Verhältnis entkrampfen, dürfen ihm freilich keine neokolonialen Attitüden unterlaufen.

In einer Nacht wurde im August 1945 die Trennung in Nord und Süd vollzogen

Gipfelort Panmunjom

Ort der Teilung
In der Ende Juli 1953 eingerichteten entmilitarisierten Zone verläuft entlang des 38. Breitengrades eine 248 Kilometer lange Waffenstillstandslinie. Das gesamte Terrain dehnt sich jeweils zwei Kilometer weit in das Territorium der beiden koreanischen Staaten aus.

Ort der Diplomatie
Eigentlich ist Panmunjom eine Gedenkstätte direkt am 38. Breitengrad und erinnert an die Verhandlungen von 1953 über einen Waffenstillstand. Später trafen sich hier in einer Baracke immer wieder Delegationen aus Nord- und Südkorea zu oft recht konfrontativen Sondierungen.

Ort der Besatzung
Das US-Camp Bonifas liegt gut 2.400 Meter südlich der entmilitarisierten Zone auf südkoreanischem Gebiet und gehört zum System von 22 Basen der US-Streitkräfte (Gesamtstärke 30.000 Mann) auf der Koreanischen Halbinsel. Bonifas dient bis heute auch der Kontrolle des Waffenstillstands.

Ort des Todes
Wer die entmilitarisierte Zone betritt, setzt sich hohen Risiken aus. Am 18. August 1976 führte der US-Offizier Arthur Bonifas einen Trupp zur „Brücke ohne Wiederkehr", um Bäume fällen zu lassen. Soldaten Nordkoreas deuteten das als Angriff und erschlugen ihn mit einer Axt.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Oktober 1990 wurde in Korea sehr unterschiedlich aufgenommen. Der Norden begriff diese Art von Wiedervereinigung als Warnung und Lektion, schließlich unterhielt man mit dem zweiten deutschen Staat freundschaftliche Beziehungen. Für den Süden war klar: Das deutsche Muster ist ein weder übertragbares noch bezahlbares Modell, zeigt aber auch, dass es ohne eine lange Phase der Normalisierung keine friedliche Wiedervereinigung geben kann.

Die wird überdies nur dann anstehen, wenn die Teilung ihre Nützlichkeit verliert. Ohnehin dürfte für Südkorea außer Frage stehen, dass die mit einer Staatenfusion für Nordkorea anstehende ökonomische Transformation das eigene Leistungsvermögen überfordert. Man kann nicht zustande bringen, was der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem ostdeutschen Beitrittsgebiet möglich war. Zumal die DDR-Ökonomie stets ein weitaus höheres Produktivitätsniveau besaß als die Wirtschaft Nordkoreas – von den sozialen Standards ganz zu schweigen. Die Führung in Pjöngjang wiederum interpretiert das Beispiel DDR so, dass aus einer Position der Schwäche heraus die Vereinigung von Staaten in Vereinnahmung münden kann. Das heißt, für die beiden Präsidenten dürfte es absolut keinen Anlass geben, sich ernsthaft mit dem Thema Wiedervereinigung zu beschäftigen.

Werner Pfennig ist Projektkoordinator am Institut für Koreastudien der FU Berlin

Moon Jae-in (65) war Stabschef des Präsidenten Roh Moo-hyun (im Amt 2003–2008) und setzte sich schon in dieser Zeit für mehr Nähe zum Norden ein. Nach seinem Sieg bei der Präsidentenwahl 2017 blieb der linksliberale Politiker dabei. Aufsehen erregte im Juni 2017 die von einem seiner Berater vertretene Auffassung, für ein Einlenken Pjöngjangs in der Atomfrage sollten die USA ihre Manöver im Süden sowie Waffenarsenale reduzieren.

Kim Jong-un (34) hat seit der Machtübernahme Ende 2011 nahezu den gesamten inneren Zirkel seines Vaters und Vorgängers Kim Jong-il, darunter Verteidigungsminister Hyon Yong-chol und den Onkel Jang Song-thaek, ausgeschaltet und seine Hausmacht installiert. Eine anfangs konfrontative Außenpolitik, zu der auch die nukleare Option gehört, wurde zum Jahreswechsel 2017/18 konziliianter und mündete in Dialog-Angebote an Seoul.

Anfang einer langen Reise

USA Bei Donald Trumps Gipfel mit Kim Jong-un wäre jeder Minimalkonsens eine Sensation

■ Konrad Ege

Im Alleingang sei er notfalls in der Lage, den großen Deal abzuschließen. Das ist offenbar die Fantasievorstellung des Donald Trump, denkt er an sein vorgesehenes Treffen mit dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong-un. In den USA konkurrieren Skepsis und Erleichterung über das Zurückfahren gegenseitiger Kriegsdrohungen. Selbst Trumps politische Gegner sind versucht, einem Gipfel alles Gute zu wünschen. Nicht mehr im Mai, wie es zunächst hieß, sondern Anfang Juni soll laut US-Regierung das Treffen stattfinden. Trump fordert nukleare Abrüstung. Dass Nordkoreas Atomraketen einmal die USA erreichen könnten, gilt als nicht akzeptabel. Pjöngjang sieht sein Nuklearsenal als Faustpfand, will Sicherheit, diplomatische Anerkennung und ein Ende der Wirtschaftssanktionen.

Es regnete dicke Schlagzeilen, als Trump im März bekanntgab, er werde Kim Jong-un treffen, doch sind trotz enthusiastischer Statements des Präsidenten – „Ich denke, es wird großartig sein" – die Erwartungen kleiner geworden. Kaum denkbar, dass Kim die nötigen Kompromisse angeboten werden, auch weil Trump abgelenkt ist. Folgendes lässt sich ohne Lauschangriff auf das Weiße Haus vermuten: Trump beschäftigt sich intensiver mit *A Higher Loyalty*, dem Auspack-Buch von Ex-FBI-Direktor James Comey („Ein verlogener Schleimball", so der Präsident), als mit der Vorbereitung auf Kim Jong-un. Zudem haben FBI-Beamte vor Kurzem das Büro von Trump-Anwalt Michael Cohen durchsucht und angeblich Computer wie Mobiltelefone mitgenommen. Zusätzlicher Schocker: Die Aktion erfolgte auf Anweisung eines New Yorker Staatsanwalts, offenbar ermittelt nicht nur Sonderermittler Robert Mueller. Das geht Trump eher an die Existenz als der Mann in Pjöngjang.

Den Angriff auf Syrien wird man in Pjöngjang als Botschaft einordnen

Der designierte Außenminister Mike Pompeo hat Mitte April bei einer Senatsanhörung Realitätssinn gefordert. Niemand habe die Illusion, dass der Gipfel zu einem Vertrag über atomare Abrüstung auf der Koreanischen Halbinsel führe. Hört sich einerseits an wie das Statement von Pompeos Vorgängern in demokratischen Regierungen, ist aber genau der Pompeo, von dem es heißt, er sei bereits zu einer direkten Begegnung mit Kim Jong-un in Pjöngjang gewesen. Andererseits hatte Sicherheitsberater John Bolton Ende Februar im *Wall Street Journal* einen denkbaren Erstschlag gegen Nordkorea damit gerechtfertigt, dass die nukleare Bedrohung von dort nun einmal „eminent" sei, angesichts der US-Erkenntnislücken bei der Aufklärung „sollten wir möglichst nicht bis zur allerletzten Minute warten".

Das Pentagon hingegen streut Warnungen. Ein bewaffneter Konflikt wäre, wie Verteidigungsminister James Mattis es einmal formulierte, eine Katastrophe. Die *New York Times* hat im Februar über ein geheimes Planspiel für einen „Krieg auf der Koreanischen Halbinsel" berichtet, an dem Heeresstabschef Mark Milley und Tony Thomas, kommandierender General der Special Operations Forces, teilgenommen hätten. „Die Brutalität (eines Krieges) würde die Erfahrung sämtlicher US-Soldaten übersteigen", soll Milley gesagt haben.

Ex-Diplomaten und Experten in den Denkfabriken scheinen die geplanten Gespräche zu begrüßen, haben jedoch Zweifel an der handwerklichen Kompetenz der Regierung. Die Herausforderung, Nordkoreas mögliche Abrüstungsschritte zu verifizieren, werde einmal „viel, viel größer sein", als sie noch vor gut zwei Jahrzehnten gewesen wäre, so Wendy Sherman, US-Chefunterhändlerin bei den Verhandlungen über das Iran-Atomabkommen. Nordkorea habe sechs Kernwaffen getestet und 20 bis 60 auf Lager. Ende der 1990er Jahre war Sherman Nordkorea-Beraterin von Präsident Bill Clinton und reiste 2000 im Tross von Außenministerin Albright zu Gesprächen mit Kim Jong-il, dem Vater von Kim Jong-un, nach Pjöngjang, doch verhandelte man nicht sonderlich erfolgreich über Nordkoreas Raketen. Kim Jong-il habe sie belogen, sagt Albright heute.

Drohungen aus dem Fernseher

Das Magazin *Bulletin of the Atomic Scientists* zitiert den US-Korea-Experten Siegfried Hecker zum eigentlichen Problem: Washington und Pjöngjang hätten „dramatisch unterschiedliche Ansichten" zum Entstehen ihres Konflikts. Das Beste, worauf man hoffen könne, sei die „Übereinstimmung der Führer, dass sie Krieg vermeiden müssen". Das bedeute auch, Mechanismen zu schaffen, „um Missverständnisse auszuschließen". Die Regierung Trump müsse einsehen, dass der Gipfel „der Anfang einer langen Reise ist und nicht das Ziel".

Die US-Militäraktion gegen Syrien dürfte Nordkorea als ein Signal gedeutet haben, dass man notfalls ähnlichen Aktionen ausgesetzt sein könnte, so Marc Thiessen, einst George W. Bushs Redenschreiber. Der republikanische Senator Lindsey Graham empfahl im Fox-Fernsehen gar einen Enthauptungsschlag. Was Pjöngjang garantiert beobachtet, ist Trumps im Mai fällige Entscheidung über das Atomabkommen mit Iran. Einen Ausstieg könnte die nordkoreanische Führung als Zeichen dafür sehen, dass Ausgehandeltes nur auf dem Papier steht.

Go and stop

Gipfeltreffen Bisher war die innerkoreanische Entspannung noch nie von Dauer

■ Rainer Werning

Es geschah erstmals 1972, dass sich Seoul und Pjöngjang bemühten, das frostige Verhältnis aufzutauen. Gemeinsame Rote-Kreuz-Gespräche führten zu einem Nord-Süd-Kommuniqué, dem zwei Jahrzehnte später ein Aussöhnungsvertrag folgte. Zu diesen Annäherungen kam es vor dem Hintergrund einiger Umbrüche im Umfeld. 1972 verkündete der damalige US-Präsident Richard Nixon bei einem Besuch in Peking, dass man China ab sofort nicht mehr in unerbittlicher Feindschaft gegenüberstehe, was auf die antikommunistische Propaganda im Süden Koreas nicht ohne Einfluss blieb. 1991 wiederum verschwand mit der Sowjetunion ein Alliierter des Nordens von der politischen Bühne, mit dem es seit den 1960er Jahren einen Beistandspakt gegeben hatte. Zuvor witterte man in Pjöngjang „ideologische Kontaminierungen" angesichts von Gorbatschows Glasnost und ließ den Gesprächsfaden mit Seoul wieder abreißen.

Mit der Sprachlosigkeit war es erst wieder vorbei, als die nordkoreanische Führung am 13. Juni 2000 Gastgeber eines ersten innerkoreanischen Gipfels war, auf dem die Staatschefs Kim Dae-jung und Kim Jong-il eine Nord-Süd-Deklaration unterschrieben, die unter anderem das Zusammenführen getrennter Familien und Besuchsprogramme vorsah. Möglich geworden war dieses Treffen, weil der südkoreanische Präsident Kim Dae-jung nach seinem Amtsantritt 1998 mit der „Sonnenscheinpolitik" einen Kurs der Öffnung einschlug. Die Nord-Süd-Détente verlief vielversprechend, zumal sich in den USA Unterstützer fanden.

Vor allem William J. Perry, 1994 bis 1997 US-Verteidigungsminister und einer der Architekten des im Herbst 1994 in Genf ausgehandelten Agreed Framework zur Beilegung des ersten Atomstreits mit Nordkorea, fiel eine Schlüsselrolle zu. Präsident Clinton hatte ihn zum Emissär berufen, dem es dank einer Shuttle-Diplomatie in Ostasien oblag, eine konsistente Nordkorea-Politik der USA zu begründen. So plädierte Perry am 12. Oktober 1999 gegenüber dem US-Kongress dafür, am Rahmenabkommen festzuhalten.

Ein nordkoreanisch-amerikanischer Deal schien zum Greifen nahe, als Clintons Außenministerin Madeleine Albright Ende Oktober 2000 in Pjöngjang sondierte. Erstmals besuchte eine hohe US-Vertreterin die Volksrepublik. Zwei Wochen zuvor hatte Bill Clinton Vizemarschall Jo Myong-rok als Sondergesandten von Staatschef Kim Jong-il mit einem Händedruck im Weißen Haus empfangen. Die damalige Nummer zwei der nordkoreanischen Nomenklatura überreichte eine Einladung zum Staatsbesuch und erklärte gegenüber Clinton: „Wenn Sie nach Pjöngjang kommen, garantiert Ihnen Kim Jong-il, allen Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden." Während noch Anfang 2001 alle Zeichen auf Entspannung standen, hatte sich das nach dem Amtsantritt des Präsidenten George W. Bush wieder erledigt. Er sah in Nordkorea einen „Faktor der Bedrohung in Ostasien" und ließ sämtliche Kontakte ruhen, bis eine komplette Neubestimmung der US-Asienpolitik stattgefunden hatte. Einer, der sich seinerzeit mit Verve dafür eingesetzt hatte, jeden Ansatz zur Koexistenz zwischen Washington und Pjöngjang zunichte zu machen, war John Bolton, derzeit Donald Trumps neuer Nationaler Sicherheitsberater.

Eine neue Dynamik?

Bolton war 2001 als Staatssekretär für Rüstungskontrolle vereidigt worden und in dieser Funktion Mitglied der US-Delegation bei den von der Regierung Chinas initiierten Sechs-Parteien-Gesprächen zum Atomkonflikt mit Nordkorea. (Diese bis 2009 bestehende Dialogrunde vereinte außerdem die USA, Japan, Russland und die beiden koreanischen Staaten.) Bolton musste die US-Delegation verlassen, nachdem er Kim Jong-il öffentlich einen „tyrannischen Diktator" genannt hatte.

Vor allem die in Washington vor und nach der Irak-Invasion 2003 wiederholte Forderung nach einem Regimewechsel in „Schurkenstaaten" ließ in Pjöngjang die Alarmglocken schrillen. Umgehend brachen alte Kriegswunden wieder auf. Präsident Bush verortete Anfang 2002 neben Iran und Irak auch Nordkorea auf der „Achse des Bösen" und ersetzte die traditionelle Politik der Eindämmung durch eine neue Strategie präventiver Militärschläge. Unter diesen Umständen geriet die Nordkorea-Politik Seouls in der Amtszeit des Präsidenten Roh Moo-hyun (2003–2008), der Kim Dae-jung nachfolgte, in arge Schwierigkeiten, so dass im Oktober 2007 ein zweiter, ebenfalls in Pjöngjang abgehaltener Korea-Gipfel wenig Beachtung fand.

Für das nunmehrige Treffen Ende April in Panmunjom besteht nach den Goodwill-Gesten während der Olympischen Spiele in Pyeongchang die reale Chance, dass diesmal die Annäherung eine bis dato ungewohnte Dynamik erhält. Die große Unbekannte dabei bleiben die USA als Schutzmacht Südkoreas. Mit Mike Pompeo als neuem Außenminister und John Bolton hat sich Trump mit Falken umgeben, die an ihrer unnachgiebigen Haltung keinen Zweifel lassen. Und wer will garantieren, dass der für Juni anberaumte Gipfel zwischen dem US-Präsidenten und Kim Jong-un nicht noch torpediert wird?

Rainer Werning ist Politikwissenschaftler. 2018 ist sein neues Buch *Brennpunkt Nordkorea* (Co-Autorin Helga Picht) erschienen